

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

NOUVEL "EN AVANT!" Hebdomadaire en langue allemande
Redaktion und Verlag: 30, Rue des Ecoles, Paris-5. Téléphone: Odéon 42-58

Aus dem Inhalt:

Soll
Deutschland
bolschewistisch werden?

Preis: frs. 1,50

Eine Niederlage Hitlers

Amerikanische Hilfe für die Demokratien

Kurz nach dem grossen diplomatischen Erfolg, den England und Frankreich mit dem Abschluss des türkischen Vertrages erzielt haben, haben sie einen neuen Erfolg zu verzeichnen: der amerikanische Senat hat am 27. Oktober mit der unerwartet grossen Mehrheit von 63 gegen 30 Stimmen das neue Neutralitätsgesetz angenommen, das in wochenlangen heissen Debatten hart umstritten worden war. Der Kampf ging im wesentlichen um eine Bestimmung: um die Aufhebung des Verbots der Waffenausfuhr.

Die Neutralitätsgesetzgebung der Vereinigten Staaten ist noch jungen Datums. Das erste eigentliche Neutralitätsgesetz kam im August 1935 nach Beginn des abessinischen Kriegszustandes zustande. Es enthielt im wesentlichen nur das Verbot, Waffen und Munition an Kriegführende zu verkaufen. Im Frühjahr 1937, nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges, kam es zu dem bis jetzt geltenden Neutralitätsgesetz. Das Gesetz hielt das Waffenausfuhrverbot bei, untersagte die Gewährung von Anleihen oder Krediten an Kriegführende und fügte die „Cash and carry“-Klausel hinzu. Diese besagt, dass während eines Krieges alle zur Ausfuhr in ein kriegführendes Land bestimmten amerikanischen Waren bezahlt sein müssen, bevor sie das Gebiet der Vereinigten Staaten verlassen dürfen; sie dürfen ferner nicht von amerikanischen Schiffen befördert werden, sondern müssen von den Schiffen der Kriegführenden von den amerikanischen Häfen abgeholt und nach ihrem Lande transportiert werden. Dieses Beförderungsverbot durch amerikanische Schiffe soll verhindern, dass amerikanische Schiffe auf hoher See von einer kriegführenden Macht angehalten oder versenkt werden und die Vereinigten Staaten dann vielleicht zur Intervention gezwungen würden.

So wie es war, war das Gesetz eine Benachteiligung Englands. Das Verbot der Waffenlieferung beraubte es eines wesentlichen Vorteils, den ihm der Besitz der Seeherrschaft gegenüber Deutschland verleiht. Es benachteiligt aber auch alle kleinen Staaten, die gar nicht in der Lage sind, ihren Kriegsbedarf an Waffen und Munition selbst herzustellen; sie sind einem Angreifer wehrlos ausgeliefert, sobald ihnen die Möglichkeit genommen wird, auch im Krieg Waffen und Munition zu erhalten.

Von Anfang hatte Roosevelt eingesehen, dass das Waffenausfuhrverbot die Kriegstendenzen Hitlers verstärkt. Die Ueberlegenheit, die sich Deutschland in dem von ihm gewählten Zeitpunkt des Kriegsüberfalls etwa in der Luftwaffe verschafft hätte, könnte um so länger andauern, je unmöglicher es Frankreich und England gemacht würde, die amerikanische Rüstungsindustrie zur Dekkung ihres Bedarfs heranzuziehen. Mit ausserordentlicher Energie und Zähigkeit suchte deshalb Roosevelt eine Aenderung des Gesetzes durchzusetzen. In einer Botschaft zu Beginn dieses Jahres erklärte er dem Kongress: „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass unsere Neutralitätsgesetze sich in ungleicher

und unbilliger Weise auswirken, dass sie sogar einem Angreifer die Hilfe leisten, die sie seinem Opfer entziehen“.

Roosevelt, der sich zum Unterschied von vielen anderen Staatsmännern über Hitlers Kriegswillen nie getäuscht hatte, wollte vor allem Deutschland warnen, das er kurz vorher in öffentlicher Rede als potentiellen Angreifer bezeichnet hatte. Er wollte deshalb eine Neufassung des Neutralitätsgesetzes, die dem Präsidenten die Befugnis gibt, bei Ausbruch eines Konflikts ein bestimmtes Land als Angreifer zu bezeichnen. Diesem Angreifer würden dann alle Hilfsquellen der Vereinigten Staaten gesperrt werden. Bei der Abneigung des Senats, die Machtbefugnisse des Präsidenten zu erweitern, war die Durchsetzung einer solchen Bestimmung wenig aussichtsreich. Deshalb konzentrierte Roosevelt

seine Bemühungen auf die Beseitigung des Waffenausfuhrverbotes. Aber auch diese Bemühungen scheiterten im Juli dieses Jahres an dem Widerstand des Senats. Es war eine sehr gemischte Gesellschaft von Isolationisten, die jede Einmischung der Vereinigten Staaten in europäische Angelegenheiten ablehnten, von unbedingten Pazifisten, aber auch von Leuten, die der Hitlerpropaganda unterlagen, die sich Roosevelt entgegenstellten. Vor allem aber waren es die Gegner seiner Sozial- und Wirtschaftspolitik, die dem verhassten Präsidenten eine Niederlage beibringen wollten. Sie höhnten über seine Kriegsbefürchtungen und erklärten sie als künstliche Mache, um Panik zu erzeugen, in der Roosevelt seine zweite Neuwahl durchsetzen wolle. Das Waffenausfuhrverbot blieb bestehen, und die Nationalsozialisten jubel-

ten über die Niederlage ihres Feindes Nr. 1.

Roosevelt liess sich nicht einschüchtern. Er kündigte schon damals die Einberufung einer ausserordentlichen Kongresssitzung im Fall eines Kriegsausbruchs an und diesmal hat er die bisherigen Widerstände überwinden können. Dazu hat freilich auch Hitler nicht wenig beigetragen. Der Ueberfall auf Polen, die infame Kriegsführung, die Torpedierung des englischen Passagierschiffes Athenia, bei der so viele Amerikaner ums Leben kamen, haben in den Vereinigten Staaten eine Stimmung erzeugt, die den Isolationisten und ihren Gefolgsleuten einen weiteren Widerstand nicht ratsam erscheinen liess. Dazu kam noch die merkwürdige Angelegenheit der „City of Flint“, des amerikanischen Transportschiffes, das ein deutscher

Deutschland heute

Was Hitlers Lügenpropaganda nicht verbergen kann

Arbeitsverweigerung in Essen

Am 14. Oktober 1939 berichtet Goerings National-Zeitung von einer Verhandlung vor dem Sondergericht Essen. Es heisst in dem Bericht:

„An einem Septembertage verlangten beide zweistündigen Arbeitsurlaub, der aber dringender Arbeiten wegen verweigert werden musste. Zwei Stunden vor Beendigung der Arbeitsschicht legten sie einfach die Arbeit nieder und versuchten, das Werk zu verlassen. Das schlechte Beispiel veranlasste auch verschiedene andere Arbeiter zur Arbeitsniederlegung“.

Was dann kam, darüber schweigt das Blatt. Mit welchen Mitteln der Streik gebrochen wurde, ist lediglich zu schliessen aus jener Stelle des Prozessberichtes, wo es heisst, dass die Rädelsführer aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden. Sie erhielten je fünf Monate Gefängnis, weil sie die „Schlagkraft des Heeres und die Sicherheit des Volkes gefährdet haben“.

Die innere Front

In einem Aufsatz „Rechenfehler“ in der Reichsausgabe der „Frankfurter Zeitung“ vom 20. Oktober 1939 wird die Festigkeit der „deutschen inneren Front“ versichert. Das deutsche Volk habe sich durch die Erfahrung aus dem Weltkrieg klar gemacht, dass auch in der Heimat vieles weiterlaufen müsse wie bisher, aber offenbar geschehe das jetzt viel bewusster als damals. Männer im wehrfähigen Alter würden jetzt kaum einmal darauf angesprochen, warum sie in der Heimat und nicht an der Front seien. Man wisse genau, dass es eben auch hier wichtige Arbeit gebe, die nicht zurückgestellt werden könne.

Offenbar soll dadurch die Heimkriegerfähigkeit der SS dem deutschen Volke sympathisch gemacht werden. Besonders entzückt wird darüber der Reichsinnenminister Dr. Frick sein, der sich im Reichstag gegenüber den sozialdemokratischen Frontkämpfern einmal damit entschuldigte, er sei im Weltkrieg eben da gestanden, wo ihn sein König hingestellt habe, nämlich hinter dem warmen Ofen im wohligen Amt.

Die „innere Front“ scheint aber schon einiger Stützung zu bedürfen. Die „Frankfurter Zeitung“ spricht nämlich die Mahnung aus, das Bild von der „inneren Front“ dürfe nun nicht gerade dazu verleiten, alles

militärisch zu betrachten und mit militärischen Massen zu messen. So sei zwar die Arbeitslenkung ohne Zweifel den Entscheidungen des sog. wirtschaftlichen Generalstabs unterworfen und bis zum letzten den Erfordernissen der Kriegswirtschaft angepasst worden. Auch könne bei der Besetzung von Arbeitsplätzen der einzelne Mann keineswegs mehr nach seinen Wünschen und Bedürfnissen gefragt werden. Staatssekretär Syrup habe aber mit Recht die Behörden kürzlich ermahnt, sie sollten sich bewusst sein, dass sie eine Verantwortung auch gegenüber den Menschen trügen, dass sie über Menschen und Familienschicksale entschieden. Die Behörden und die Betriebsführer wüssten auch davon zu erzählen, welche unliebsamen Begleiterscheinungen es mitunter habe, wenn ein Mensch nicht auf dem Platze stehen könne, den er nach seiner Eignung am besten ausfüllen würde.

Wenn man bedenkt, mit welcher Vorsicht in den Zeitungen des Dritten Reiches an vorhandene Missstände gerührt werden darf, kann man sich ungefähr vorstellen, welches Mass von Unzufriedenheit durch die behördliche „Lenkung des Arbeitseinsatzes“ d. h. durch die Zwangsbewirtschaftung von Menschen entstanden sein muss, wenn ein leibhaftiger Staatssekretär Syrup sich veranlasst sieht, die behördlichen Zwangsmassnahmen zu versüssen und Beschwichtigungsformeln zu murmeln.

Versorgungsnot

In ihren Reichsausgaben vom 17. und 20. Oktober 1939 behandelt die „Frankfurter Zeitung“ die deutsche Versorgungslage nach Einführung der Zwangswirtschaft. Im ersten Aufsatz wird gerühmt, Deutschland habe im Gegensatz zu den anderen kriegführenden Ländern unmittelbar an das bereits vorhandene anknüpfen können und bleibe auf einer Linie, die allen Beteiligten bereits seit Jahren vertraut sei (!). Die bürokratische Regelung im Verteilungsapparat funktioniere ganz ausgezeichnet. Das hätten ausländische Besucher in den ersten Kriegswochen wieder mit Erstaunen festgestellt. Deutschland habe heute einen sehr hohen Grad der Selbstversorgung erreicht. Die Kohle werde für den Export von grösster Bedeutung werden, „weil sich vielleicht nicht alle Besonderheiten auf dem Gebiete der Fertigwarenerzeugung“ würden aufrechterhalten lassen.

Im Gegensatz zu diesem Lob auf den „ausgezeichneten Verteilungsapparat“ steht einigermaßen die bewegte Klage einer Hausfrau in der Ausgabe vom 20. Oktober 1939, in der etwas aus der Schule geplaudert wird. Die Aermste wollte im Vorbeigehen die leere Milchflasche im Laden abgeben — er war aber geschlossen. Sie wollte eine feuerfeste Glasschale besorgen, allein an der Ladentüre stand: „Verkauf nur von 10 — 1 Uhr und von 4 — 6 Uhr“. Die geplagte Hausfrau muss nun ihre Pläne für das Abendessen der Familie wieder ändern — offenbar wegen der Glasschale — aber sie tröstet sich damit, dass der Geschäftsinhaber und seine junge Frau eben jetzt so viel zu tun haben, „wo manche Lieferungsschwierigkeit besteht“. Ein wenig ärgerlich wagt sie aber doch zu sein. Und sie wünscht sogar eine grössere Einheitlichkeit der Geschäftszeiten, weil das „die allgemeine Bereitschaft, unvermeidliche Einschränkungen und Umstellungen gern auf sich zu nehmen, nur fördern könnte“.

In der gleichen Nummer vom 20. Oktober 1939 wird rühmend hervorgehoben, dass man in der Lebensmittelverteilung seit Kriegsbeginn schon die dritte Etappe des Kartensystems zurückgelegt habe. Noch vor Abschluss des zweiten Kriegsmontats werde das Verteilungssystem seine endgültige Form angenommen haben. Dies sei für jeden Staatsbürger ein sicheres Zeugnis dafür, dass er gut umsorgt sei. „Sollte etwa jemand daraus“, so heisst es dann wörtlich, „dass sich in den ersten Wochen des Krieges in dem Kartensystem einiges geändert hat, schliessen wollen, die verantwortlichen Stellen seien eben doch nicht vorbereitet gewesen“, so sei das ein grüblerischer Irrtum. Man habe zwar auch eine Kartoffelkarte bekommen, „während im Ernste niemand daran dachte, bei der Aufeinanderfolge mehrerer guter Kartoffelernten auch noch hier zu rationieren.“ An der inneren Front Deutschlands seien somit alle Voraussetzungen für eine dauerhafte Festigkeit gegeben, das sei der grosse Unterschied zu der Lage von 1914.

Nun, so dauerhaft scheint die Kartoffelkarte und die erste „Etappe“ der Lebensmittelversorgung gerade nicht gewesen zu sein. Man hat fast den Verdacht, die „Frankfurter Zeitung“ wagt sich über die Bürokratie und die herrschende Unordnung ein wenig lustig zu machen.

Wilhelms II. Glück und Ende

Erinnerungen zum 9. November

Kreuzer gekapert hatte und mit einer deutschen Besatzung nach dem russischen Hafen Murmansk am Eismeer führen liess. Die Sowjetregierung hat trotz der von ihr verkündeten „Neutralität“ die deutsche Besatzung nicht, wie sie verpflichtet gewesen wäre, interniert und das Schiff der amerikanischen Mannschaft zurückgegeben, sondern es unter deutschem Kommando auslaufen lassen. Der Vorfall hat in den Vereinigten Staaten grosse Entrüstung geweckt, aber zugleich gezeigt, welchen Zwischenfällen die amerikanische Schifffahrt bei Fortdauer des alten Neutralitätsgesetzes ausgesetzt wäre. Die so entstandene Stimmung spricht auch dafür, dass das Repräsentantenhaus wohl im Verlauf der nächsten Woche dem Beschluss des Senats beipflichten wird.

Nach den vom Senat angenommenen Bestimmungen können die Kriegführenden in den Vereinigten Staaten alles kaufen, Waffen und Munition sowohl wie Maschinen und Rohstoffe, aber sie müssen alles bar bezahlen und auf ihren eigenen Schiffen transportieren. *Beide Bedingungen können von Frankreich und England, nicht aber von Deutschland erfüllt werden.* Dagegen sollen die Vereinigten Staaten von allen Verwicklungen fergehalten werden. Deshalb dürfen amerikanische Bürger sich nicht von Schiffen der Kriegführenden befördern lassen und den amerikanischen Schiffen ist der Zugang zu den Gefahrenzonen untersagt, die durch eine Proklamation des Präsidenten bestimmt werden. Dazu kommt aber eine wichtige Ergänzung: Die amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften können ihren Dienst mit Australien, Canada, Südafrika und den französischen und englischen Konzesionen in China aufrechterhalten. Nur die Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin, nicht aber die aller anderen Produkte ist untersagt. Der neuerweiterten, sehr umfangreichen Flugzeug- und Waffenindustrie Australiens und Canadas werden also die amerikanischen Spezialmaschinen und alle Rohstoffe unbeschränkt zur Verfügung stehen.

Das neue Gesetz ist für die Führung eines Krieges von längerer Dauer entscheidend. Es stellt die Hilfsquellen und die unerschöpfliche Produktionskraft des entwickeltesten Wirtschaftsgebiets der Erde den Alliierten und ihnen allein zur Verfügung. Sie allein können in irgend einem in Betracht kommenden Umfang barzahlen; das können weder Russland noch Deutschland.

Die Wirkung ist eine doppelte. Die augenblickliche Wirkung: mehr als 300 Jagd- und Bombardierungsflugzeuge sind zum Abtransport bereit. Ihre Zahl wird rasch vermehrt werden und mit Recht kann Kérill von einem gewonnenen Sieg sprechen, der England und Frankreich die Ueberlegenheit zur Luft sichert, während Deutschland die einzige wirkliche Ueberlegenheit, die es bisher besessen hat, in kurzem verloren haben wird. Die dauernde Wirkung: bisher konnten die Alliierten von Amerika im wesentlichen nur die Rohmaterialien beziehen, um aus ihnen Waffen und Munition herzustellen. Das erfordert grossen Arbeitsaufwand, hat sich doch die Zahl der Arbeiter, notwendig, um einen Frontsoldaten, einen Artilleristen, eine Tank- oder Flugzeugbesatzung mit dem nötigen Material und seiner Ersetzung auszustatten, gegenüber dem letzten Krieg vervielfacht, obwohl auch dieser schon ein Materialkrieg war. Die Frage der Aufstellung und Erhaltung einer entsprechend grossen Arbeitsarmee im Hinterland ist deshalb von entscheidender Bedeutung für die Kriegsführung überhaupt und für die Zahl der für die Front verfügbaren Menschen. Dass England und Frankreich jetzt nicht nur über amerikanische Rohstoffe, sondern über Fertigfabrikate verfügen können, die sehr viel und sehr qualifizierte Arbeit brauchen, bedeutet auf die Dauer eine ausserordentliche Stärkung ihres Kriegspotentials.

Schliesslich bedeutet die Aenderung des Neutralitätsgesetzes auch einen Triumph für Roosevelt und das ist heute ein Triumph seiner auswärtigen Politik, vor der die Gegner seiner inneren Politik die Waffen strecken mussten. Diese auswärtige Politik ist aber getragen von einer starken demokratischen Überzeugung, von einer heissen Liebe zur Freiheit, die Roosevelt von je zum scharfen Gegner Hitler-Deutschlands gemacht hat. Dass die Führung der auswärtigen Po-

Eines Tages, — es muss im Frühjahr 1903 gewesen sein — stand ich im Reichstag in einer Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneter, als August Bebel aufgeregt an uns herantrat. „Eben war Bassermann bei mir“, so erzählte er, „um mir zu sagen, dass es mit dem Kaiser nicht mehr lange weiter gehen wird. Bei Hofe hat man die grösste Sorge. Mit jedem Tag wird es schlimmer.“

Solange Wilhelm II. regierte, gab es eine unterirdische Diskussion über seinen Geisteszustand. Was Bassermann, der Führer der grossen nationalliberalen Bürgerpartei, Bebel erzählte, war bei den oberen Zehntausend tägliches Gespräch. Die Lust des Kaisers an der Zurschaustellung seiner Person, die lärmende Kraftmehrer seiner Beredsamkeit, sein Schwelgen in grausamen Drohungen, sein jäher Stimmungswechsel zwischen jauchender Zuversicht und tiefer Niedergeschlagenheit rundeten sich zu einem Gesamtbild, das den Gegnern der Monarchie zu Spott, ihren Anhängern zu tiefer Sorge immer neuen Anlass gab. „Herrlichen Tagen führe ich Euch entgegen“. „Einer nur ist Herr im Reiche, und das bin ich“. „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich“. „Führt Eure Waffen so, dass tausend Jahre lang kein Chinese es wagt, einen Deutschen schein anzusehen“. „Wenn ich es verlange, müsst Ihr auf Vater und Mutter schiessen“. So tönte es bei allen Paraden und Festen. „Ein König muss immer das letzte Wort haben, nicht das erste“, warnte der bedächtliche Sachsenkönig Albert. Aber kein guter Rat half.

Immerhin gab es in jenem liberalen Zeitalter soviel Freiheit, dass man in Andeutungen über den gefährlichen Zustand öffentlich reden konnte. So sprach man vom persönlichen Regiment, vom Zickzack-Kurs und Hans Dampf in allen Gassen. Wurde man aber deutlicher, so gab es Majestätsbeleidigungsprozesse für die Presse und Entrüstungsstürme im Reichstag. Die meisten bürgerlichen Parteiführer hielten den Kaiser für eine nationale Gefahr, das hinderte sie aber nicht, zu Hofe zu gehen und sich schützend vor den Thron zu stellen. Es war eine entsetzliche Heuchelei.

Dafür nur ein Beispiel: Eines Tages erhielt der Sozialdemokrat Ludwig Frank eine Einladung zu Geheimrat Witting, einem anderen Führer der Nationalliberalen, oft genannten Ministerkandidaten und Liebling des Kaisers. Zum grossen Erstaunen Franks stellte sich heraus, dass es der Zweck dieser Einladung war, ihn gegen den Kaiser scharf zu machen. Witting warf

den Sozialdemokraten vor, dass sie nicht den Mut hätten, die ganze Wahrheit zu sagen und im Reichstag die Kaiserfrage aufzurollen. Der Zufall wollte es, dass an demselben Tage ein anderer Sozialdemokrat, Ledebour, im Reichstag eine sehr deutliche Rede gegen den Kaiser hielt. Er verglich ihn mit dem Sultan Abdul Hamid, dessen Verrücktheit allgemein bekannt war. Der Erfolg war, dass sich der ganze Reichstag mit Ausnahme der Sozialdemokratie, erhob, um gegen diesen Angriff auf die geheiligte Person des Kaisers zu protestieren. Die sich dabei am lautesten gebärdeten, waren die Freunde Bassermanns und Wittings, die Nationalliberalen. Frank verzichtete unter diesen Umständen auf einen neuen Vorstoss; er hätte ja doch keine andere Folge gehabt als einen neuen Ausbruch byzantinischer Verlogenheit.

Im November 1908 erschien das berühmte Interview des Kaisers im „Daily Telegraph“. Es war eine solche Häufung aufgeregten Unsinn und richtete einen so grossen aussenpolitischen Schaden an, dass es nun wirklich beinahe zu einer Kaiserkrise gekommen wäre. Der Reichstag, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten, sprach einmütig den Wunsch aus, der Kaiser möge künftig in seinen öffentlichen Äusserungen mehr Zurückhaltung üben. Als die Krise auf dem Höhepunkt war, erschien in einem Teil der sozialdemokratischen Presse an Stelle des Leitartikels eine Abhandlung „Das manische Irresein“ von Professor Kräpelin, ein Auszug aus dem Lehrbuch des bekannten Psychiaters.

Immer noch aber war die Macht der Gewohnheit und die Angst vor einer ungewissen Zukunft so gross, dass alles beim Alten blieb. Forsch und schneidig, war die Parole. Forsch und schneidig marschierte man 1914 in den Krieg. Als zerbrochener Mann kam der jüngst verstorbene Botschafter Graf Bernstorff aus Amerika zurück. „Die Amerikaner“, klagte er, „glauben fest und steif, der Kaiser kämpft um die Weltherrschaft. Aber immer, wenn ich versuchte, ihnen das auszureden, kam neue Weisung aus Berlin, ich sollte nur ja nicht schlapp machen. Forsch und schneidig auftreten, das imponiere den Yankees am meisten.“ Als Bernstorff so sprach, war Amerika schon im Krieg.

Am 4. Juli 1918 forderte Wilson in seiner berühmten Botschaft von Mount Vernon: „Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die für sich allein, heimlich und nach eigenem Entschluss den Frieden der Welt stören kann“. Die Macht, die Deutschland be-

herrsche, sei von dieser Art, und es liege bei dem deutschen Volke, dies zu ändern. Tags darauf traf ein sozialdemokratischer Abgeordneter in der Wilhelmstrasse einen hohen Beamten des Auswärtigen Amtes. Der schwenkte schon von weitem den Hut und strahlte vor Fröhlichkeit. „Haben Sie schon gelesen“, rief er, „der Kaiser soll abdanken!“ „Na, wenn es weiter nichts ist...!“

Allein wären die sozialdemokratischen Arbeiter im November 1918 nicht stark genug gewesen, die Monarchie zu stürzen. Als sie den Baum schüttelten, war die Frucht schon überreif. Es war Ludendorff, der dem Kaiser die Macht abnahm und ihm zuletzt eine parlamentarische Regierung aufnötigte. Es war Wilson, der erklärte, dass Deutschland keinen Frieden haben könne, solange Wilhelm regiere. Es war der Prinz Max von Baden, der durch die vorzeitige Proklamation der Abdankung eine vollendete Tatsache schuf. Der Mann, dem zu Kriegsbeginn, wie es schien, ganz Deutschland zugejubelt hatte, stand nun ganz allein.

Zweifellos war lange Zeit hindurch die Volkstümlichkeit Wilhelms II in manchen Volkskreisen durchaus echt. Feinde und Freunde schieden sich nicht nach reinen Klassengegensätzen. Es gab und gibt ein ruhiges, sachliches, nüchternes und grundanständiges deutsches Volk, und dieses deutsche Volk sah mit Unruhe, Befremden und leichtem Spott — leider freilich auch ohne eigenen politischen Willen — auf das aufgeregte Treiben seines Beherrschers. Es gibt aber daneben auch noch ein anderes „deutsches Volk“, das mit seiner Vorliebe für alles Rasselnde, Glitzernde, Grosssprecherische und Geschwollene das gerade Gegenteil des ersten ist. Da sassan Wilhelms II begeisterte Untertanen. Man nannte sie auch die „Hurrakanaille“, was man ins heutige Deutsch am besten mit Heil- oder Heulbestie übersetzen mag.

Im übrigen soll man mit Vergleichen nicht zu weit gehen. Manches ist wieder, wie es war. Vieles ist anders. Das Kaiserreich war immer noch ein Rechtsstaat, keine Räuberhöhle. Mörder, Brandstifter und Diebe sassan in den Zuchthäusern, nicht in den Ministerien. Gemessen am sogenannten dritten war das sogenannte zweite Reich geradezu ein Wunder an Solidität und innerer Festigkeit.

Danach kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen von dem, was kommen wird, wenn einmal die Diktatur des derzeit regierenden Schinderhannes zu Ende geht.

F. St.

litik des mächtigen Weltreichs unbestrittener als früher in der Hand dieses Mannes liegt, ist vielleicht nicht weniger als die Garantie für die endliche Niederlage Hitlers.

Dr. Richard Kern.

In wenigen Zeilen

In deutschen Fachblättern werden die Erfinder ermahnt, sich „nach den Erfordernissen der Kriegswirtschaft auszurichten“. Das Wichtigste sei: Ersatz auf den Gebieten der Ernährung. — Ei-Ersatz, Zwiebel-Ersatz, Margarine-Ersatz, Mehlersatz, Fischwurst — das ist alles nichts?

Baldur von Schirach ist bei der militärischen Musterung für dienstuntauglich erklärt worden; auch er wird den heroischen Geist, den er der Jugend predigte, an der inneren Front betätigen.

In Süddeutschland werden bereits Kirchenglocken requiriert. Man ist auch in diesem Punkte bereits soweit wie einst 1917. Nur: diesmal beraubt man erst einmal die katholischen Kirchen, zumal deren Glocken dem Regime gefährlicher erscheinen als die des protestantischen Nordens.

Die Sphinx Ernst Hanfstaengl, einst Hitlers Auslandspresseschef, hat sich decouvrieren müssen: er ist laut „Daily Express“ aus dem englischen Internierungslager entlassen worden, gilt mithin als politischer Flüchtling. Bei ihm sassauerte Hitler in früheren mageren Jahren; nach dem Bür-

gerbräuputsch flüchtete er unter Hanfstaengls ebenso komfortables als gastliches Dach. Der Retter hat nahezu alle ins Unglück gebracht, die ihn einst retteten.

An den Mauern der chilenischer Hauptstadt sind Plakate zu sehen, auf denen ein arischer Affe mit Hitlergesicht die Zähne fletscht. Darunter: „Achtung, hier läuft ein Affe frei umher!“ Gerichtet gegen die braune Propaganda. Der deutsche Gesandte hat bei der chilenischen Regierung protestiert — während die Affen den beleidigenden Vergleich schweigend hinnehmen müssen.

Verdrängung des deutschen Kohlenexports

Die englische Kohlenausfuhr hat nach einem im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Bericht seit Kriegsbeginn ausserordentlich zugenommen. Nach Schweden wurden in der Zeit vom 1. September bis 10. Oktober 815 000 Tonnen Kohlen geliefert. Der normale Monatsdurchschnitt betrug 221 000 Tonnen. Nach Norwegen lieferte England in der gleichen Zeit 446 000 Tonnen und nach Dänemark 837 000 Tonnen. Der norwegische Monatsdurchschnitt betrug bisher 113 000 Tonnen und der dänische 250 000 Tonnen. Trotz staatlicher Subvention des deutschen Kohlenexports und dementsprechend niedrigen Preisen ist die deutsche Kohlenausfuhr in die nordischen Länder ausserordentlich zurückgegangen.

Die tschechoslowakische Regierung in Paris beging in feierlicher Form den tschechoslowakischen Nationaltag.

Neuer Name für Chamberlain. Es gehört zum guten Ton der deutschen Presse, dass sie den Namen Churchill lediglich in Kombination mit beschimpfenden Attributen bringt. Wie kann man also Churchill und Chamberlain in einem Atem beleidigen? Nun, der Leitartikel der „Westf. Landeszeitung“ vom 15. Oktober beginnt „Der Churchillist Chamberlain“.

Deutscher Rundfunk

In Paris herrscht der Hunger, in London die Not,
in Frankreich fehlt Butter, in England fehlt Brot,
in New York selbst fehlt Kaffee und Käse und Schmalz,
nur in Deutschland ist jeder sich voll bis zum Hals.
(Anschliessend Stunde der Hausfrau).

Du verrührst ein paar Erbsen, mit Maismehl gestreckt,
und brätst dir ein Schnitzel und staunst, wie das schmeckt.
Trägst du deine Schuhe nur einmal im Jahr,
genügt dir zeitlebens ein einziges Paar
(Anschliessend Blick in die Welt).

In England sind die Menschen wie Tiere verklawt,
du wagst kaum zu niesen — schon wirst du bestraft.
In Paris und Chicago — ein Blutregiment,
nur wir sind ein Volk, das die Knute nicht kennt
(Anschliessend Mitteilungen an das Publikum).

Wer Kaffee trinkt oder den Auslandsfunk hört,
wer hungert und so die Zufriedenheit stört,
wer mannt und die Grusshand nicht hoch genug hebt,
der soll sich nicht wundern, wenn er nicht mehr lang lebt.
(Anschliessend Ribbentrop).

Herr Chamberlain hat die Verträge zersetzt,
hat Wien erst, dann Prag und dann Polen besetzt.
Jetzt behauptet er gar noch, wir wären dran schuld,
genug schon der Lügen, genug der Geduld!
(Anschliessend „Ueb immer Treu und Redlichkeit“, das Ganze von vorn).

Ewige Wahrheiten Oder: die rote Kommission

Das Buchhändler-Börsenblatt untersteht Rosenbergs Kontrolle. Das Herz muss ihm bluten, wenn er in jeder Nummer die Titel der Bücher lesen muss, die aus dem Handel zurück gezogen werden. Neuerdings: „Die rote Armee“, „Die rote Weltrevolution“, „Der Rote Imperialismus“, „Die Juden hinter Stalin“, „Der bolschewistische Imperialismus“. Die Zeitschrift „Antikomintern“ musste ihren Namen ändern.

Heimlicher aber vollzieht sich eine andere Guillotinierte: die der antibolschewistischen Theaterstücke. Als Beispiel: Welche Begeisterung in der Nazipresse, als im Frühjahr dieses Jahres ein Stück „Die rote Kommission“ drüber aufgeführt wurde. Endlich eine politische Komödie, ewige Wahrheiten in satirischer Form, ein glücklicher Griff, „amüsante Kritik aus gesundem Menschenverstand“ — und der Autor noch dazu ein Strassenbahner. Heil, die Volksstückdichter des Dritten Reiches kommen aus dem Volk. Görings Essener Blatt (7. 3) jubelte:

„Matthias Josef Weiss schenkte hier eine echte Komödie und bewies auf eine ergötzliche Weise den Unsinn kommunistischer Ideologien an dem Zusammenstoß der Betenwelt eines vergessenen und unrevolutioniert gebliebenen Dorfes in der Taiga mit der vor dem wirklichen Leben versagenden Phrasenhaftigkeit und Brutalität der Sowjets. Die Handlung spielt im Hause des Dorfältesten. Die Kommission, die seit vielen Jahren die „Segnungen“ des Sowjet-„Paradies“ am eigenen Leibe zu spüren bekam, widersteht nur mit grosser Mühe diesem wahren Dorfparadies. Vor der Wohlstandigkeit dieser Bauern und vor den Herz und Magen überzeugenden Beweisen, dass in ihrem kleinen Dorf wirklich der Frieden zu Hause ist und es hier kein „klassenbewusstes Proletariat“ gibt, streckt die Kommission schliesslich ihre Waffen. Sie beschliesst, in der Einsamkeit zu bleiben und mit den Bauern ein neues Leben zu beginnen, das nicht von dem blutigen Schatten der Revolution, der Gewalttätigkeit und der Not verdunkelt ist.“

Am Schluss bewies der Beifall des Publikums, „dass diese politische Komödie, die ihre Wahrheiten ohne den geringsten Beigeschmack zwangvoller Tendenz überzeugend vorträgt, sich auch auf anderen Bühnen des Reiches Freunde gewinnen könnte.“ Infolgedessen wurden die Theatergetreten, Gaubonzen setzten sich in Bewegung, etliche Bühnen gaben dem Druck nach und setzten das Stück auf ihren Herbstspielplan. Vorbei. „Die rote Kommission“ wurde gestrichen, sie erlebte im Herbst keine Auferstehung mehr. Das „neue Talent“ aber, ermuntert durch die braunen Ovationen, setzte sich von neuem auf die Hosen — und kaut jetzt am Federhalter, sich verbotene Gedanken machend über das, was im Dritten Reich „ewige Wahrheiten“ sind.

Götzdiener der Nützlichkeit Deutschland ohne Farbe, Duft und Lied

Jetzt hat im Dritten Reich auch das Privatleben der Tiere ein jähes Ende gefunden. Jetzt werden auch sie unter Staatsaufsicht gestellt und je nach dem Grade ihrer sogenannten „Nützlichkeit“ gehätschelt, geduldet oder ausgerottet. Dass man die Hunde — auch gegen den Willen ihrer Besitzer — in Massen zum Militärdienst einberief, war nur der Auftakt zu weiteren Taten. In der vergangenen Woche hat das „Hamburger Fremdenblatt“ angekündigt, man werde in Deutschland künftig nur noch solche Tiere dulden, deren Arbeit man nützen könne und die also fähig seien, sich ihre Nahrung zu verdienen.“ Ein Elefant z. B. könne durchaus einen Traktor ersetzen. Das heisst: nieder mit Schwänen und Antilopen, Flamingos und Eichhörnchen. Die Tierschutzgesetzgebung bleibt natürlich von alledem unberührt.

Aber nicht nur die un-nützlichen Tiere, auch die un-nützlichen Pflanzen haben in Deutschland keine Stätte mehr. Schon vor dem Kriege sind die deutschen Gärtner und Amateurgärtner aufgefordert worden, möglichst wenig Blumen zu züchten und auf der so gewonnenen Bodenfläche nur noch Nutzpflanzen anzubauen. Im kleinsten Vorgarten habe da, wo bisher die Auroren blühten, ein Radieschenbeet Raum. Und in manchen Gegenden erschien eines Tages, ungebeten und unerwünscht, Hitlerjugend bei den Kleingartenbesitzern, um den unnützen Mäulern der Pflanzenwelt, den Veilchen und Maiglöckchen, den Pfingstrosen und Glockenblumen, mit Hacke und Spaten zuleibe zu gehen.

Aber haben die Deutschen Zeit, um Rose und Nachtligall zu trauern? Verkommen nicht in den öffentlichen Fürsorgeanstalten die kranken, mit Körperschäden behafteten Kinder, denen für dauernd die „Erblüchtigkeit“ abgesprochen worden ist, in

Scharen? Man bringt sie nicht um, man beschränkt sie nur auf die „notwendigste Pflege“ und erzielt so langsam und ohne Eklat die gleiche Wirkung. Diese Kinder sind nicht nützlich genug. Verweigern nicht die Krankenkassen den „gebärntüchtigen“ Frauen oder den Müttern, die ihre „Gebärpflicht“ schon erfüllt haben, alle kostspieligeren Heilkuren mit der unverhüllten Begründung: Kinder seien von ihnen nicht oder nicht mehr zu erwarten? Diese Frauen sind nicht nützlich genug.

Aber haben die Deutschen Zeit, um leidende Frauen zu trauern? Haben nicht die deutschen Bombenflugzeuge in Polen Frauen und Kinder zu tausenden getötet? Wem fielen es ein, um einen deutschen Byron zu klagen, der vielleicht im Kinderkrüppelheim umkommt, ehe er erblickt ist? Werden nicht die wenigen schon ausgereiften und noch in Deutschland lebenden Künstler und Wissenschaftler, die sich geweigert haben, ihr Werk in den Dienst der Parteipropaganda zu stellen, in Konzentrations- und Arbeitslagern zugrunde gerichtet? Diese Männer sind nicht nützlich genug.

Deutschland ist das Land ohne Farbe, Duft und Lied geworden. Farbe, Duft und Lied sind nicht nützlich genug. Selbst der Wohlgeschmack ist verboten, und täglich hört man im deutschen Rundfunk die Prasser verfluchen, die über Rübenkaffee und Marmeladebrot die Genüsse von einst nicht vergessen können. Solange der Mensch nicht vor Schwäche umsinkt, gilt er als ausreichend, ja als gut ernährt. Wohlgeschmack ist zu nichts nütze.

Aber wenn es nur das wäre. Deutschland ist nicht nur das Land ohne Farbe, es ist das Land ohne Treu und Glauben geworden. Und die Wurzel dieses Uebels ist gleichermassen die Vergottung des Nutzens. „Recht ist, was dem deutschen Volk nützt“, hat Adolf Hitler erklärt, der gleiche Adolf Hitler wohl gemerkt, der im Scheinkampf gegen den sogenannten Materialismus erstarkt ist. Verträge? Sobald sie

unnützlich scheinen, sind sie ein Fetzen Papier. Versprechen? Ehrenworte? Sind dazu da, dass man sie bricht, sobald sie un bequem werden. Die Wahrheit? Wozu die Wahrheit sagen, wenn die Lüge nützlicher und bequemer dünkt? Selbst Hass und Liebe, Achtung und Verachtung werden allein nach der jeweiligen „Nützlichkeit“ reguliert. Heute der Todfeind des Bolschewismus, morgen mit ihm verbündet. Was tut das? Lügt und betrügt, brandschätzt und raubt, mordet eure einstigen Freunde, rotet ganze Völker aus, lässt Menschenblut wie Wasser fliessen — wenn es nur „nützlich“ ist.

Aber was heisst denn „nützlich“? Es gibt im Weltall nichts, das — aus dem Gefüge gerissen — nützlich oder unnützlich wäre. Es gibt keine Nützlichkeit an sich. Wenn eine Sache, eine Idee, eine Tat, nützlich sein soll, so muss jemand da sein, dem der Nutzen zugute kommt. Wenn aber nützt es, dass Deutschland seinen Reichtum jahrelang dazu verwandt hat, zerstörende Werkzeuge, tödliche Waffen und Gifte zu erzeugen und dass es heute die halbe Welt zwingt, das Gleiche zu tun? Wem nützt es, dass Deutschland seine Wissenschaftler vor den Karren der nationalsozialistischen Partei gespannt hat? Der Rektor der Universität Edinburgh, Sir Thomas Holland, hatte recht, als er unlängst bei einer akademischen Veranstaltung sagte:

„Die Nazis wollten die Wissenschaft nicht mehr um ihrer selbst betreiben lassen, und dadurch wird sie auch für den praktischen Zweck weniger fruchtbar.“

Das heisst sie wird selbst im nationalsozialistischen Sinne weniger „nützlich“, so wie der Boden weniger nützlich wird, den man zu intensiv ausgenutzt hat, so wie der Mensch weniger nützlich wird, den man versklavt.

Wem nützt es, dass Polen heute ein rauchender Trümmerhaufen ist? Dem deutschen Volke gewiss nicht. Wem nützt es,

Chronik der Woche Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos

Montag, 23. Oktober 1939

In Berlin fanden während des Wochenendes zahlreiche Beratungen der führenden Nationalsozialisten mit hohen Militärs, mit deutschen Botschaftern, mit den Gauleitern und mit den Reichsstatthaltern statt.

Der amerikanische Frachtdampfer „City-of-Flinn“ wurde von dem deutschen Tschenschlachtschiff „Deutschland“ zwischen Manchester und Liverpool gekapert und von einer Prisenbesatzung unter deutscher Flagge in den russischen Hafen Murmansk dirigiert. Die russische Regierung hat die Einbringung des amerikanischen Frachtdampfers bekannt gegeben.

Dienstag, 24. Oktober 1939

In Moskau werden die Resultate der Sowjetwahlen bekanntgegeben, die Russland in den okkupierten weissrussischen und ukrainischen Gebieten Polens am 22. Oktober veranstaltet hat und die den russischen Forderungen entsprechend ausgefallen sind.

Das Gold der polnischen Staatsbank ist nach einem schwierigen Transport in Paris, dem gegenwärtigen Sitz der polnischen Regierung, eingetroffen. Es repräsentiert einen Wert von vier Milliarden französischen Francs.

Ein deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen wurde in Bern unterzeichnet. Die Warenlieferungen von der Schweiz nach Deutschland werden stark reduziert, um den hohen Clearing-Saldo, der zu Gunsten der Schweiz aufgelaufen ist, zu verringern.

Mittwoch, 25. Oktober 1939

Die russische Regierung hat bei der englischen Regierung gegen das ihr am 6. und 11. September überreichte Verzeichnis der Kriegs-Konterbande Protest erheben lassen, weil es einseitig festgesetzt sei und den internationalen Handel störe.

Hitler erteilt dem Chef der Gestapo Himmler den Auftrag, die „Heimholung“ der Reichsdeutschen und Volksdeutschen und ihre Ansiedlung zu organisieren.

Zum Generalgouverneur des nicht dem Reiche einverleibten Teiles von Polen wurde der nationalsozialistische Minister Frank II ernannt. Sein Vertreter ist Seyss-Inquart.

In Bulgarien ist wieder eine Regierung unter Leitung des seitherigen Ministerpräsidenten Kjosse-Iwanow gebildet worden. Das Parlament wurde aufgelöst. Die Neuwahlen sind für die Zeit zwischen 24. Dezember und 28. Januar ausgeschrieben. Nach einer Deklaration der neuen Regierung soll keine Aenderung in der Aussenpolitik Bulgariens eintreten.

Donnerstag, 26. Oktober 1939

Die russische Regierung erklärte dem wegen der „City-of-Flinn“ intervenierenden amerikanischen Botschafter, dass die Hafenbehörden von Murmansk angeordnet haben, dass der von der „Deutschland“ gekaperte amerikanische Frachtdampfer den Hafen sofort zu verlassen hat.

Die militärische Vorbereitung der deutschen Jugend wird nach einem Befehl des Reichsjugendführers weiter ausgebaut. Jugendliche von 16 bis 18 Jahren müssen Felddienst- und Scharfschiessübungen absolvieren und sich durch eine Prüfung über ihre Leistungen ausweisen. Knaben von 14 und 15 Jahren müssen an Sonderkursen für Leibesübungen teilnehmen, die während der Arbeitszeit stattfinden, und ausserdem haben sie sich Sonntags vormittags an Sonderübungen zu beteiligen. Knaben von 10 bis 14 Jahren haben ebenfalls speziellen Turnunterricht und ausserdem sind sie zu regelmässigen Sportübungen und zur Teilnahme an den Strassensammlungen verpflichtet.

In Berlin wurde ein Zentralstelle für kaufmännische Werbung in der Auslands- und Presse gegründet, ohne deren Genehmigung keine deutsche Firma in einer ausländischen Zeitung ein Inserat aufgeben darf.

Eine deutsche Eisenbahnleihe von 500 Millionen Mark wird in der Zeit vom 3. bis 13. November aufgelegt. Die Erneuerung des seit 1933 nur unzulänglich ergänzten Eisenbahnmateriale ist durch den Krieg und durch die Eroberung Polens, bei der der grösste Teil des polnischen Eisenbahnmateriale in russische Hände fiel, noch dringender geworden als zuvor.

In Finnland stehen jetzt 25 ausgebildete Jahressklassen unter den Fahnen.

In der Slowakei wurde im Einverständnis mit den deutschen Wünschen der seitherige Ministerpräsident Tiso zum Präsidenten der slowakischen Republik gewählt, und Tuka, der bisher der Vertreter von Tiso in der Regierung war, wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

Freitag, 27. Oktober 1939

Der amerikanische Senat hat mit 63 gegen 30 Stimmen die Aufhebung des Waffen- und Embargos beschlossen. Das neue Neutralitätsgesetz, die Lex Pittman, bedarf noch der Zustimmung des Repräsentantenhauses, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Nach dem neuen Gesetz darf den Kriegführenden in keiner Form Kredit gewährt werden, und die Kriegführenden haben für die in USA gekauften Waren vor der Ausfuhr das Eigentum und alle Rechte zu übernehmen, sodass das Transportrisiko die amerikanischen Lieferanten nicht belastet. Amerikanische Schiffe dürfen nicht

zu Kriegführenden fahren und nicht durch bestimmte, noch zu umschreibende Kampfzonen, doch darf der amerikanische Schiffsfahrtdienst nach Kanada, Australien, Neuseeland und nach den englischen und französischen Konzessionen in China sowie nach Südafrika fortgesetzt werden, aber nicht zum Transport von Waffen und Munition. Amerikanische Bürger dürfen nicht auf Schiffen kriegführender Nationen reisen.

In Deutschland werden Heereslieferungen mit sogenannten Heereslieferungsscheinen bezahlt, die in Umlauf gebracht werden können.

Zwischen England und Russland sind Verhandlungen über den Ausbau der Handelsbeziehungen aufgenommen worden.

Der englische Botschafter in Tokio hat dem japanischen Aussenminister den Wunsch der britischen Regierung nach Wiederaufnahme der Verhandlungen über Tientsin übermittelt.

Papst Pius XII. hat eine Enzyklika erlassen, die sich gegen die totalitäre Staatsauffassung wendet und gegen die Vernichtung des Vertrauens unter den Staaten durch die einseitige Ausserkraftsetzung bestehender Verträge. An eine Sympathieentwicklung für das polnische Volk wird die Erwartung seiner Wiederauferstehung in Gerechtigkeit und Frieden geknüpft.

In Rom wurde zwischen England und Italien ein Vertrag abgeschlossen, nach dem eine permanente Kommission zur Regelung aller Handelsfragen zwischen den beiden Ländern eingesetzt wird.

Stephen King Hall, der Verfasser der Deutschland-Briefe, ist in einer Nachwahl für die „National Labour Party“ in das englische Unterhaus gewählt worden.

Zwischen Ungarn und der Sowjet-Union wurden die diplomatischen Beziehungen nach einer Unterbrechung von sechs Monaten wieder aufgenommen.

Sonnabend, 28. Oktober 1939

In den drei baltischen Randstaaten, Estland, Lettland und Litauen sind die durch die Verträge festgelegten russischen Besetzungen in dieser Woche erfolgt, und Litauen hat seinerseits das Wilna-Gebiet, das 6 800 Quadratkilometer mit 440 000 Einwohnern umfasst, in Besitz genommen.

Die polnische Regierung in Paris hat die polnischen Legationen angewiesen, gegen die Eingliederung eines Teiles von Polen in das deutsche Reich zu protestieren und ebenso gegen die Abtretung des der Sowjet-Union nicht gehörenden Wilna-Gebietes an Litauen.

Das Oesterreich und die Tschechoslowakei versklavt sind? Dem deutschen Volke, das unter der gleichen Sklavenpeitsche blutet, gewiss nicht. Seine Not ist nur grösser geworden, und seine Furcht ist mit der Not gewachsen. Die Furcht vor Vergeltung, die jedem Menschen eingeboren ist, der — einzeln oder im Kollektiv — wissentlich unrecht handelt und Unrecht duldet. Diese Furcht, dieses fressende Missbehagen ist vielleicht der einzige objektive Massstab für das, was im überzeitlichen Sinne nützlich oder unnützlich ist.

Die nationalsozialistischen Führer suchen sich mit der Behauptung herauszurenden: in hundert Jahren wird das deutsche Volk das mächtigste Volk der Erde sein. Europa antwortet ihnen: in wenigen Jahren schon wird dieses deutsche Volk geschlagen am Boden liegen und aus tausend Wunden bluten. Die Denkenden fügen hinzu: und wenn Deutschland sich die ganze Welt unterwürfe, wenn die Freiheit, wenn Farbe, Duft und Lied in der ganzen Welt erstürben, so wie sie in Deutschland erstorben sind — was hülfte das dem deutschen Volke?

Den nationalsozialistischen Führern ist das geschehen, was den Götzendienern der Nützlichkeit zu geschehen pflegt. Der Bezirk des Un-Nützlichen, des über allem Nutzen Stehenden, ewig Menschlichen hat sich an ihnen gerächt. Sie sind in die Irre gelaufen wie Besessene. Sie haben geglaubt, das „Nützliche“, das Zweckvolle zu tun und haben ihren eigenen, der Welt vorgespiegelten Zweck tausendfach verraten. Sie tauschen gegen das Blut, das sie vergossen haben und täglich vergiessen, nichts anderes ein als Schuld und Odnis. Die Menschheit muss sich von ihnen befreien, Deutschland muss sich von ihnen befreien, damit dort, wo heute Granaten das Erdreich zerwühlen, wieder nebeneinander — Blumen und Früchte gedeihen können.

Soll Deutschland bolschewistisch werden?

Die Agenten Moskaus werfen die Maske ab — Lieber Hitler als Freiheit und Demokratie — Ingrimiger Hass gegen die Sozialdemokratie

Die Leute, die sich Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands nennen, haben die Sprache wieder gefunden. Sie veröffentlichen im Nachfolgeorgan der kommunistischen „Rundschau“, das sich „Die Welt“ nennt und in Stockholm erscheint, eine „Stellungnahme“. Wer darin nach Erklärungen, Erläuterungen, Begründungen sucht, sucht vergebens. Die Schande der Kommunisten soll verdeckt werden durch Beschimpfungen gegen die westlichen Demokratien und gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Diese „Stellungnahme“ ist eine dünne Stimme in dem vielstimmigen Orchester, das Stalin und Dimitroff dirigieren, damit es mit seinem Lärm das Echo des moralischen Zusammenbruchs der kommunistischen Parteien überschreien soll. Wir werden nicht gegen den Rattenkönig von Lüge, Fälschung und Blödsinn polemisieren, der dabei zu Tage kommt. Wir begnügen uns mit der Feststellung der zynischen Geständnisse und des Selbstverrats, die in den Hauptpunkten der kommunistischen Argumentation enthalten sind. Wir halten uns dabei zunächst nicht an die einfältige Erklärung der deutschen Agenten der russischen Politik, sondern an die Argumentation ihrer Vorgesetzten. Sie benutzen die altbekannten Kanäle, um ihre Propaganda in Westeuropa zu infiltrieren. Sie bedienen sich der Nebenorganisationen der Komintern und jener Partisanen, die sich als Nichtkommunisten tarnen. So ist in England eine offiziöse russische Broschüre zur Verteidigung der russischen Politik erschienen, für die der längst als Stalin-Agent bekannte Rechtsanwalt und Labour-Abgeordnete Pritt seinen Namen hergegeben hat.

Diese Broschüre, die sich „Licht auf Moskau“ nennt, bedient sich des anti-imperialistischen Sprachgebrauchs der Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1914, aber sie zeigt zugleich mit brutaler Offenheit den russischen Chauvinismus der dem Hitler ebenbürtig ist, den russischen Grossmachtstolz und die Uebernahme des Verbreitungsschwindsels im Stile Hitlers durch die Russen. Was in dieser Schrift peinlich verschwiegen wird, sind die drei wichtigsten Tatsachen der letzten Monate: die Doppelzüngigkeit der russischen Politik, die Tatsache, dass der deutsch-russische Paktabschluss Hitler die Möglichkeit zum Ueberfall auf Polen gegeben und also den Krieg herbeigeführt hat, und drittens, dass Russland mit Hitler einen Pakt zur Teilung Polens geschlossen hat.

Die Grundlagen der russischen Politik

Für die Erkenntnis des Wesens der russischen Politik und der Aufgaben, die den kommunistischen Parteien von Moskau zugewiesen werden, ist der Schluss dieser Broschüre von Wichtigkeit. Wir zitieren:

„Die Kriegsziele der westlichen Demokratien — soweit sie bekannt gegeben worden sind — enthalten die Garantie für Polen, dass es „wiederhergestellt“ werden soll und den Willen, dem Hitlersystem ein Ende zu machen. Wie muss die Sowjetunion sich zu diesen beiden Zielen stellen? Soweit Polen in Betracht kommt, so erachtet sie zweifellos, dass dieser Staat ein reaktionärer Staat gewesen ist, der sowohl seine nationalen Minderheiten, wie seine eigenen Arbeiter und Bauern unterdrückt hat; sie fühlt, dass die Gebiete, welche sie selbst zum offenkundigen Entzücken der Mehrheit der Bevölkerung besetzt hat, ganz gewiss Polen überhaupt nicht zurückgegeben werden sollen und dass die rein polnisch besiedelten Gebiete keiner polnischen Regierung gegeben werden dürfen, die jener Regierung gleicht, die nach Rumänien geflohen ist. (Zweifellos würde sie vorziehen, dass sich diese Gebiete selbst demokratisch regieren, obgleich niemand von ihr erwarten wird, dass sie sich in einen Don-Quichotischen Krieg stürzt, um dieses Ziel zu erreichen.)

„Unter diesen Umständen wird die Sowjetunion die Fortsetzung des Krieges mit keinerlei Begeisterung ansehen, wenn er den Zweck hat, irgend einen Teil Polens seiner alten Regierung zurückzugeben, oder irgend einer Regierung, von der sie (zu Recht oder zu Unrecht) annimmt, dass

sie von den westlichen Demokratien eingesetzt wird, wenn diese Demokratien unter der Kontrolle von Regierungen, gleich jenen stehen, die sie während des spanischen Krieges, des Raubes von Oesterreich und der Tschechoslowakei geführt oder irreführt haben.

„Im Hinblick auf das erklärte Kriegsziel der westlichen Demokratien, dem Hitlersystem ein Ende zu machen, würde die Sowjetunion gewiss gerne das Ende des Hitlersystems sehen. Aber wenn sie hört, dass die westlichen Demokratien nach ihrer jüngsten Vergangenheit davon reden, dem Hitlersystem ein Ende zu machen, so muss man es der Sowjetunion verzeihen, wenn sie sich fragt (zweifellos zu Unrecht), ob man den westlichen Demokratien dabei trauen kann und vor allem was sie unter dem Sturz des Hitlersystems verstehen, das heisst, welches Schicksal des deutschen Volkes sie vorschlagen, und „nach Hitler“ herbeizuführen wünschen. Wenn die Sowjetunion den Verdacht hat, dass die westlichen Demokratien unter allen Umständen die Fortdauer der kapitalistischen Struktur Deutschlands sicher wollen, so kann sie wohl meinen, dass ein solches Deutschland wenig besser sein werde als Hitlerdeutschland, dass es in Zukunft von den westlichen Demokratien als Waffe gegen sie selbst gebraucht werden könnte, und dass in jedem Falle eine solche Rekonstruktion Europas so sicher den Samen eines zukünftigen Krieges in sich tragen würde wie Versailles. Sie kann zu Recht oder Unrecht glauben, dass ihr und der Welt besser gedient ist, wenn ein solcher Krieg beendet wird und wenn man das Hitlersystem seinem wirklichen Ende überlässt durch die Erhebung eines sozialistischen Deutschland, die — wie die Sowjetunion vielleicht glaubt — nicht fern ist.“ (Pritt, „Light on Moscow“ S. 150/151).

Das ist alles ganz eindeutig. Da haben wir erstens die Garantie für Hitler, dass er seinen Teil des polnischen Raubes behalten darf, und dass die russische Regierung ihre Uninteressiertheit an jeder polnischen Unabhängigkeitsbewegung erklärt. Diese Haltung wird für die Mitläufer und Partisanen der russischen Politik in Westeuropa mit dem reaktionären Charakter des polnischen Staates erklärt. Also soll man glauben, dass das Hitlerregime in Polen weniger reaktionär sei, und eine geringere Unterdrückung gegen die Minderheiten, die Arbeiter und Bauern bedeute? Es fehlt nur noch, dass die Kommunisten eindeutig sagen: Hitler hat Polen befreit.

Sturz Hitlers — ein Verbrechen?

Zweitens aber — und das ist für uns und für die künftige deutsche Politik von grösster Bedeutung — finden wir hier die Bundesgenossenschaft der russischen Politik und der kommunistischen Partei mit der deutschen Gegenrevolution wieder, die einer der Hauptgründe des Sturzes der Demokratie in Deutschland gewesen ist. Wir finden das zynische Geständnis: Jede nichtkommunistische Regierung in Deutschland ist nicht viel besser als die Hitlerregierung. Russland und die Kommunisten haben kein Interesse am Sturz Hitlers, wenn keine kommunistische Diktatur nachfolgt. Es ist nicht der mindeste Zweifel daran, dass, wenn die russische Politik „Sozialismus“ sagt, sie das Abbild ihrer eigenen Diktatur meint, dass für sie der Ausdruck „Sozialistisches Deutschland“ keineswegs auf ein freies Deutschland abzielt, sondern das besagt, was für uns und alle Nichtkommunisten in der ganzen Welt mit dem Ausdruck „bolschewistisches Deutschland“ gemeint ist. Dies Geständnis bedeutet, dass wieder wie zur Zeit der Weimarer Republik für die kommunistische Politik Demokratie und Faschismus ein und dasselbe sind und die Demokraten und erst recht die Sozialdemokraten also wieder „Agenten der Bourgeoisie“ und „Sozialfaschisten“. Von da bis zur offenen Inschutznahme von Hitler ist nur ein Schritt. In der Tat liest man in der „Iswestija“ vom 8. Oktober:

„Jedermann besitzt das Recht seiner persönlichen Anschauung, gegenüber dieser oder jener Ideologie. Es ist jedoch ein unerhört grausamer und absurder Gedanke, Männer beseitigen zu wollen, deren Meinungen und Auffassungen anderen nicht

gefallen... Man kann keine Ideologie und keine Auffassung durch Gewalt zerstören. Man kann den Nationalsozialismus bewundern oder verwerfen wie jede andere politische Weltanschauung. Es ist dies eine Frage des persönlichen Geschmacks. Einen Krieg zur Beseitigung des Nationalsozialismus führen, heisst jedoch einer verbrecherischen politischen Auffassung Ausdruck verleihen.“

Es ist also „eine verbrecherische politische Auffassung“, ein „unerhört grausamer und absurder Gedanke“, Hitler beseitigen zu wollen! Aber — die Sozialdemokratie und die Sozialdemokraten, und gar erst die „kapitalistischen Demokraten“ des Westens beseitigen zu wollen, das ist, versteht sich, kein Verbrechen, sondern gerade die Aufgabe der kommunistischen Agenten des russischen Chauvinismus.

Der Dolchstoß gegen die Demokratie

Die kommunistischen Agenten der russischen Politik haben also die eindeutige Aufgabe, dem Krieg der Demokratien gegen Hitler in den Rücken zu fallen und den Versuch zu unternehmen, die Arbeiterbewegung in den demokratischen Ländern zu einem willfährigen Instrument der russischen Regierung zu machen. Wir finden diesen Befehl an die Kommunisten in der schon erwähnten Wochenschrift „Die Welt“. Dort wird „von autoritativer Stelle“ die Parole ausgegeben:

„Die Werktätigen werden recht bald einsehen, dass man den Faschismus nicht dadurch vernichten kann, dass die den Faschismus gleichermaßen hassenden französischen und englischen, polnischen und deutschen Werktätigen im Soldatenrock sich gegenseitig vernichten, während die Chamberlain, Hitler, Daladier und ihre Auftraggeberin, die internationale Hochfinanz, die lachenden Dritten sein werden, sondern dass man den Kapitalismus und seinen Sachwalter im eigenen Lande stürzen muss. Den Faschismus vernichten — diesen Willen haben die Werktätigen im Waffenrock. Sie werden bald verstanden haben, wo die Axt anzulegen ist. „Der Feind steht im eigenen Land.“ Dieses Wort Karl Liebknechts bleibt auch heute wahr. Die Axt muss mit Macht gehandhabt werden. Dazu ist es notwendig, dass die Arbeiterklasse den Verbündeten der Hochfinanz im eigenen Lager, den nun wieder den Burgfrieden predigenden Sozialdemokraten richtig erkennend, so schnell wie nur möglich ihre nationale und internationale Einheit auf gewerkschaftlichem und politischen Gebiet herstelle.“

Das ist ebenso klar wie offen verräterisch. Die Kommunisten deklarieren sich damit selbst als die Bundesgenossen Hitlers gegen die kriegführenden Regierungen in England und Frankreich.

Das Ziel: bolschewistische Diktatur in Deutschland

Danach versteht sich von selbst, dass die „Stellungnahme“ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands eine einzige Schimpfkampagne gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist. Weil wir niemals auf den kommunistischen Einheits- und Volksfrontschwund hineingefallen sind, beschuldigen diese Leute uns jetzt, wir wären am Kriege schuld! Sollen wir auf solchen Blödsinn antworten?

Voll Hass gegen die Sozialdemokratie, die unbeirrbar ihren klaren Kurs innegehalten hat, schreien sie, seit 1933 gebe es keine einheitliche Sozialdemokratische Partei mehr und eine Bestätigung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei sei niemals erfolgt. Dazu stellen wir fest:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die einzige noch vorhandene reale politische Kraft in Deutschland, sie wurzelt fest in einem nach Millionen zählenden Personenkreis in Idee, Tradition und organisatorischer Ueberlieferung. Sie hat heute wie in der Vergangenheit ihre Kraft und ihre unzerstörbare Lebensfähigkeit in der Selbstbewegung der deutschen Arbeiterschaft — sie ist nicht wie die kommunistische Partei eine Kreatur und ein Instrument einer fremden Regierung. Der sozialdemokratische Parteivorstand ist die ein-

zige deutsche Körperschaft, die einen Auftrag einer grossen politischen Partei hat. Sie hat Auftrag und Bestätigung auf der letzten Sitzung der demokratischen Vertretung ihrer Partei erhalten. Auftrag und Bestätigung der kommunistischen Zentrale aber stammen von der Dimitroff-Filiale der russischen Regierung.

Wie zur Zeit ihres Bündnisses mit Hugenberg und Hitler gegen die demokratische weimarer Republik beschimpfen uns die Agenten Moskaus:

„Eben deshalb zeigen in diesem Augenblick die Weis, Stampfer, Ollenhauer und Hilferding ihr wahres Gesicht: es ist die Fratze der Kaisersozialisten, der Burgfriedenspolitiker, der Retter des deutschen Kapitalismus vor der proletarischen Revolution. Ihre Sprache im „Neuen Vorwärts“ vom 2. September ist die Sprache des „Vorwärts“ vom Januar 1919, ist die Sprache der Noskiden, der hündischen Speichellecker der deutschen Bourgeoisie und der Würger des eigenen Volkes...“

„Im Moment des Ausbruches dieses Krieges proklamieren die Stampfer und Hilferding ihr Bündnis mit der Reaktion in England und Frankreich und mit der deutschen Bourgeoisie zur Niederschlagung der deutschen Volksrevolution. Damit ist die Trennung zwischen dem ehemaligen PV der SPD und der antifaschistischen Opposition in Deutschland endgültig vollzogen. Die vom PV durch Geyers Buch propagierte Reorganisation der SP als Partei „der Freiheit“ entpuppt sich als die Organisation einer Partei der Freiheit der Bourgeoisie, des flachsten Liberalismus, der offenen Abkehr vom Marxismus, der wütenden Bekämpfung nicht nur der Kommunisten, sondern aller mit dem Marxismus verbundenen Sozialisten und der ganzen deutschen Arbeiterklasse, entpuppt sich als ein Instrument der Konterrevolution, schlimmer noch als 1918.“

Wozu dieser Lärm? Um des folgenden Satzes willen:

„Es gibt deshalb heute keine gemeinsame Plattform der Opposition zum Sturze Hitlers. Die KPD ist die einzige Kraft in Deutschland, die ihre Absichten eindeutig verkündete, die ohne Schwankungen den Weg zur Volksrevolution beschriften hat.“

Damit sind wir aus dem Schwall der kommunistischen Lügen und Beschimpfungen wieder bei den wirklichen Zielen der Kommunisten, oder besser gesagt bei den wirklichen Kriegszielen der russischen Regierung angelangt. Die Kommunisten sagen: „Volksrevolution“ — und was sie wollen und sollen, das ist die Diktatur der Kommunistischen Partei, die Ersetzung des nationalsozialistischen durch das bolschewistische Totalitätssystem, das ebenso gut wie das Hitlerische nichts anderes als eine Kriegsmaschine ist. Deshalb setzen sie ihre Hoffnung auch nicht auf die „Bajonette Chamberlains und Daladiers“, sondern auf „die Hilfe der grossen und starken Sowjetunion“. Also: bolschewistische Diktatur in Deutschland mit russischer Hilfe. Das ist gerade das, was wir für Deutschland und in Deutschland nicht wollen. Wir glauben aber auch nicht, dass die Kommunisten ernste Chancen hätten. Eben deshalb setzt die Moskauer Politik auf die Unterstützung des Hitlersystems. Das ist unter dem Gesichtspunkt des russischen Nationalismus die zweitbeste Lösung, wenn eine deutsche Regierung, die nach der Pfeife der russischen tanzt, nicht zu erreichen ist. Denn die Behauptung Hitlers bedeutet die Aufrechterhaltung der Kriegsgefahr, der Zerreißen Europas, bedeutet die Verlängerung einer Konstellation, in der eine russische Expansion relativ leicht möglich ist.

Wir sind uns über die Rolle der Kommunisten nie im Zweifel gewesen. Wir sehen deutlich, dass sie im Sinne haben, auch einer zweiten deutschen demokratischen Republik in den Rücken zu fallen, wenn Stalins Hoffnungen auf die Behauptung Hitlers nicht in Erfüllung gehen. Deshalb ist eines jedenfalls klar: eine kommende deutsche demokratische Republik muss nicht nur gegen eine Wiederkehr des Hitlersystems, sondern auch gegen die kommunistischen Agenten der russischen Regierung und gegen die Einmischung der russischen Politik in innerdeutsche Verhältnisse gesichert werden.

C. G.

